



Bündnis

Bildung für eine demokratische Gesellschaft

PRESSEMITTEILUNG

„Demokratiebildung in Zeiten von Corona“

Konferenz bundesweiter Akteur*innen
mit der KMK-Präsidentin Dr. Stefanie Hubig

Vertreter*innen aus 60 Organisationen diskutierten am 1. September 2020 auf einer digitalen Konferenz die gegenwärtige Situation der Demokratiebildung in der Bundesrepublik. Bezogen auf die Folgen der Corona-Einschränkungen kamen die Teilnehmer*innen zu der Feststellung, dass aktuell insbesondere jene Unterrichtsfächer und –inhalte wegfallen, die das Demokratielernen und das soziale Lernen fördern. Dies hat noch nicht absehbare Auswirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Teilnehmer*innen diskutierten darüber mit der KMK-Präsidentin und rheinland-pfälzischen Kultusministerin Dr. Stefanie Hubig. Hubig stellte fest: „Wir müssen hier gemeinsam und entschlossen gegensteuern.“

Berlin, 1. September 2020. Anlässe wie die rassistischen Anschläge in Kassel, Halle und Hanau, wachsender Alltagsrassismus in der Gesellschaft, die Herausforderungen digitaler Bildung und die erschwerte schulische Bildung unter Corona-Auflagen waren Themen der Konferenz. Eingeladen hatte das „Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ unter Koordination der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik. An der Konferenz nahmen Partner-Organisationen des bundesweiten Bündnisses sowie der Landesbündnisse Rheinland-Pfalz („Demokratie gewinnt!“), Hessen („Demokratiebildung nachhaltig gestalten“) und Berlin/Brandenburg („Mitgestalten – Demokratie entfalten!“) teil, darunter Universitäten, Ministerien und Landesinstitut für die Lehrkräftebildung, Bildungstiftungen, Bundesverbände und Kommunen.

Demokratiebildung in Zeiten der Corona-Pandemie

Die Bündnispartner*innen widmeten sich der Frage, wie sich die Demokratie- und Menschenrechtebildung seit den demokratiepädagogischen Empfehlungen der Kultusministerkonferenz des Jahres 2018 entwickelt hat. Abseits einiger positiver Beispiele wurde die Einschätzung geteilt, dass von den Empfehlungen noch deutlich zu wenig in der Praxis umgesetzt worden ist. Bezogen auf die Corona-Einschränkungen kamen die Bündnispartner*innen zu dem Befund, dass aktuell insbesondere jene Unterrichtsfächer und –inhalte wegfallen, die das Demokratielernen und das soziale Lernen fördern. Als weitere kritische Befunde wurden mit Blick auf die Situation in den Bildungseinrichtungen unter den Einschränkungen folgende Punkte benannt:

- eine zunehmende Chancenungleichheit im Bildungsbereich
- verstärkte Einschränkungen bei den Kinderrechten und eine zunehmende Kindeswohlgefährdung

- die unzureichende Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von durch die Krisensituation bedingten Erlebnissen
- deutliche Einschränkungen beim Zugang zu Lehrkräftefortbildungen

Mit Blick auf diese besonderen Herausforderungen sagte KMK-Präsidentin Dr. Hubig: „Die Corona-Krise darf keine Bildungskrise werden. Die Wochen der Schulschließungen haben uns nochmals sehr deutlich gemacht, wie wertvoll der Präsenzunterricht vor Ort in den Schulen für das soziale Lernen ist – auch um Kinder mit schlechteren Startvoraussetzungen zu fördern und damit Chancen zu schaffen. Auf der anderen Seite wurde auch im digitalen Bereich sehr schnell sehr viel bewegt.“

Nächste Bündnisaktivitäten

Als nächsten Schritt planen die Bündnispartner*innen eine „Demokratiewoche“ Anfang November mit Programmpartner*innen aus dem gesamten Bundesgebiet. Zudem wurde eine engere Zusammenarbeit mit den Kompetenznetzwerken und Modellprojekten des Bundesprogramms „Demokratie leben“ (BMFSFJ) vereinbart. Der Austausch mit der Kultusministerkonferenz soll fortgesetzt und intensiviert werden. Gegenüber der Ministerin wiederholten die Bündnispartner*innen ihre Forderung nach einem „DemokratiePakt Bildung“, mit dem – ähnlich wie beim „DigitalPakt“ – ein gezieltes staatliches Förderprogramm für Demokratiebildung gemeint ist.

Dank der Ministerin

Ministerin Dr. Hubig dankte den Vertreter*innen der Organisationen für Ihr starkes und wichtiges Engagement und bot eine Fortsetzung des Dialogs an: „Wir dürfen nicht müde werden, uns für Demokratie und Zusammenhalt einzusetzen. Dafür braucht es engagierte Menschen wie Sie in unseren Schulen und Kitas“.

Unsere Ansprechpartner:

Martin Nanzig / Josef Blank
Geschäftsführende Vorstände
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.
Telefon: 0173-2857327 / 0177-8804798
Mail: martin.nanzig@degede.de / josef.blank@degede.de

Über das „Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft“

Das bundesweite Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft wurde am 10. Juni 2018 in Berlin gegründet und umfasst rund 70 zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Stellen. Die Partner*innen verbindet ein gemeinsames Demokratie-verständnis, welches Demokratie als menschenrechte-basierte Staats-, Gesellschafts- und individuelle Lebensform begreift und damit ein breites Spektrum verwandter Themenfelder, wie Demokratiepädagogik und politische Bildung, Kinder- und Menschenrechtbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, kulturelle Bildung oder die Förderung bürgerschaftlichen Engagements umfasst.

Weitere Informationen: www.bildung-demokratie.de

Über die Landesbündnisse

Auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. haben sich seit 2017 drei weitere Landesbündnisse gegründet. **Weitere Informationen:**

für Rheinland-Pfalz: www.demokratie-gewinnt.rlp.de

für Hessen: www.makista.de/projekte/hessisches-buendnis-demokratiebildung-nachhaltig-gestalten

für Berlin & Brandenburg: <https://bbbe.bildungdemokratie.de/buendnis-berlin-brandenburg/>

Über die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik

Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. ist aus dem bundesweiten Netzwerk der Akteure des BLK-Programms "Demokratie leben und lernen" entstanden und hat sich 2005 gegründet. Sie ist ein gemeinnütziger Verein mit gut 300 Mitgliedern und versteht sich als Fachverband für die Demokratiepädagogik in Deutschland. Sie finanziert sich vorrangig aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Die DeGeDe ist Initiatorin des bundesweiten „Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ und begleitet die Landesbündnisse in RLP, Hessen und Berlin/Brandenburg.

Weitere Informationen: www.degede.de